

**7
—
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 15. Februar 1979

Schmidt kneift vor Wehner

Die CDU tritt ihrer geschichtlichen Tradition entsprechend für eine ausgewogene und gegenseitige Abrüstung auf dem Fundament gesicherter Verteidigung ein. Wer mit Aussicht auf Erfolg über Abrüstung verhandeln will, kann dies nur auf der Grundlage unverminderter Sicherheit tun. Diese Sicherheit ist durch die massive sowjetische Aufrüstung zunehmend in Gefahr. Die sowjetische Aufrüstung geht weit über das zur Verteidigung nötige Maß hinaus.

Daher muß das westliche Verteidigungsbündnis die zur Wiederherstellung angemessener Kräfteverhältnisse erforderlichen Maßnahmen treffen, stellt der Bundesvorstand unter Leitung von Helmut Kohl auf seiner Sitzung am 12. Februar in Bonn fest. Geschieht das nicht, dann ist der Friede auch in Europa gefährdet, und die Abrüstungsgespräche mit der UdSSR sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Bundesvorstand der CDU verurteilt die Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner über den angeblich defensiven Charakter der sowjetischen Militärpolitik und seine maßlosen Angriffe gegen die westliche Verhandlungsposition bei den Wiener Abrüstungsgesprächen. Wehner hat in einer uner-

(Weiter auf Seite 2)

■ WIRTSCHAFT

Lambsdorff versucht Gegensätze in der Koalition zu verdecken

Seite 5

■ VERJÄHRUNG

Rechtsstaatliche Gründe sprechen gegen eine Aufhebung

Seite 7

■ KOALITION

Die Ideologiekrise der Sozialdemokraten

Seite 9

■ PROPAGANDA

Das Karlsruher Urteil wird von der Regierung einfach nicht beachtet

Seite 11

■ BEHINDERTE

Frau Huber hat wieder versagt

Seite 12

■ BUNDES- VERSAMMLUNG

Die kommenden Landtagswahlen haben keinen Einfluß mehr

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Mehr Wettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen

grüner Teil

■ EUROPA

Wortlaut der Entschließungs-Anträge für den 27. Bundesparteitag

blauer Teil

Fortsetzung von Seite 1

träglichen Weise die deutschen Sicherheitsinteressen verletzt und das westliche Verteidigungsbündnis beeinträchtigt.

Der Bundeskanzler hat bis heute nicht den Mut, Herbert Wehner offen zu widersprechen und zu sagen, was die Bundesregierung wirklich will. Es kennzeichnet auch die Handlungsunfähigkeit der FDP, daß diese Partei dem folgenschweren Vorstoß von Wehner gegen ihren Vorsitzenden keine unmißverständliche Absage erteilt hat.

Der Bundesvorstand stellt mit Besorgnis fest, daß die SPD in zunehmendem Maße kommunistische Kampfbegriffe wie „Berufsverbot“, „Stamokap“ für die innenpolitische Auseinandersetzung verwendet. Die Übernahme der sowjetischen Definition des Warschauer Paktes durch Herbert Wehner als einer Defensiv-Organisation ist eine Fortsetzung dieser geistigen Volksfrontbewegung und eine Provokation der NATO und des westlichen Bündnissystems und aller freien Bürger.

Rufmordkampagne gegen Karl Carstens scharf verurteilt

Der Bundesvorstand der CDU beschäftigte sich ausführlich mit der von der SPD angezettelten Diskussion über die Neuwahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1979. Mit Entschiedenheit verurteilt er die von SPD-Politikern, an ihrer Spitze Bundeskanzler Helmut Schmidt, entfachte Rufmordkampagne gegen Bundestagspräsident Professor Karl Carstens.

Der Bundesvorstand der CDU stellt dazu fest: Schmidt versucht auf eine unanständige Weise das hohe Ansehen, das Professor Carstens im In- und Ausland genießt, zu zerstören. In der Absicht, parteipolitisches Kapital zu schlagen, fügt Schmidt dem Amt des Bundespräsidenten schweren Schaden zu. Es ist unerträglich, daß der amtierende Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sich zum Zensor über die demokratische Haltung eines Mannes aufwirft, der seit 30 Jahren in vielen wichtigen öffentlichen Ämtern hervorragende Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland erworben hat und damit die besten Voraussetzungen für das Amt des Bundespräsidenten bietet.

Die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung wird — wie bei den vorhergegangenen Bundespräsidentenwahlen — am Vortag der Wahl in Bonn zusammentreten. Die Union wird zuvor die Nominierung ihres Kandidaten Professor Karl Carstens Anfang März in Bonn und München durch die Wahlmänner bekräftigen.

Die Union wird am 23. Mai 1979 ihren Kandidaten zum neuen Bundespräsidenten wählen.

■ INFORMATION

Keine Erhöhung der Diäten

Zu der Diskussion über die Diätenregelung für Abgeordnete erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger: Die Äußerung des Bundestagspräsidenten vor Journalisten zur Frage der Diätenregelung für Abgeordnete des Bundestages hat in der Presse den Eindruck hervorgerufen, daß eine Diätenerhöhung unmittelbar bevorstehe. Dieser Eindruck ist falsch. Der Bundestagspräsident hat lediglich Erläuterungen zu dem sogenannten Diätenbericht gegeben, den er nach § 30 Abgeordnetengesetz alle zwei Jahre, erstmals zum 1. Januar 1979, zu erstatten hat. In diesem Diätenbericht hat der Bundestagspräsident im Benehmen mit dem Ältestenrat ausdrücklich davon abgesehen, einen Vorschlag zur Erhöhung der Diäten zu machen.

Der Bundestag wird sich erst im zweiten Halbjahr 1979 mit einer möglichen Erhöhung der Abgeordnetendiäten befassen. Ein Gremium unabhängiger Persönlichkeiten, die nicht dem Bundestag angehören, soll diese Frage prüfen und den Bundestagspräsidenten bei der Erstattung eines Berichtes beraten.

Erstmals Jusos und RCDS gemeinsam im ASTA

Auf der Sitzung des Studentenparlaments der Universität Düsseldorf wurde ein neuer ASTA gewählt, der sich aus Jungsozialisten und RCDS zusammensetzt. Beide Gruppen verfügen im Studentenparlament über eine Mehrheit. Erstmals ist damit in der Bundes-

republik Deutschland eine demokratische Zusammenarbeit zwischen RCDS und Jungsozialisten in einem Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA) zustande gekommen. ASTA-Vorsitzender in Düsseldorf ist ein Jungsozialist.

Der RCDS-Bundesvorsitzende Günther Heckelmann sieht in dieser Koalition die Möglichkeit zum Start in eine neue Aera der Studentenpolitik. Der Zusammenarbeit demokratischer Studentengruppen müsse die Zukunft gehören. Deutschlands Studenten und alle Demokraten warten auf ein baldiges Ende der Volksfront an allen Hochschulen.

Bonn soll das Ausland besser informieren

In einer Kleinen Anfrage forderte die CDU/CSU-Opposition die Bundesregierung auf, dem „ungerechtfertigten und unhaltbaren Vorwurf“ aus dem Ausland entgegenzutreten, Gerichte und Behörden in der Bundesrepublik hätten die Verfolgung von NS-Verbrechen „nur schleppend und halbherzig betrieben oder gar bewußt unterlaufen“. Der Rechtsexperte der Fraktion, MdB Benno Erhard, erhofft sich von den Antworten auf die siebenteilige Anfrage eine Versachlichung der Verjährungsdiskussion, die gegenwärtig „immer stärker von emotionalen Akzenten gefärbt“ sei.

Fragen an Breschnew

In einem offenen Brief an den Regierungschef der UdSSR, Leonid Breschnew, nimmt der CDU-Abgeordnete Hans Stercken Stellung zu einem Schreiben, das Breschnew einigen westlichen Regierungen im November 1978 zugeleitet hat, und in dem dieser in massiver Form vor Waffenlieferungen an die Volksrepublik China gewarnt hat.

Stercken kritisiert, daß ausgerechnet der Kremlchef als Verantwortlicher für einen gigantischen Waffenhandel anderen vorschreiben wolle, wie deren Politik auszusehen habe. Es gebe genaue Informationen über das Ausmaß der Waffenexporte der Sowjetunion, insbesondere in die Dritte Welt. Der Abgeordnete fragt weiter, warum die UdSSR Waffen in Länder sende, die von niemandem bedroht werden und die ihre militärische Überlegenheit nur benutzen, um über Nachbarstaaten herzufallen oder um Zwangsregime an der Macht zu halten.

Helmut Kohl stellt sich Fragen der Niederländer

Helmut Kohl stellt sich in der von Reinhard Appel moderierten ZDF-Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“ am Donnerstag, dem 22. Februar 1979, um 21.20 Uhr, den Fragen niederländischer Bürger und Zuschauer in Den Haag. In dieser Live-Sendung im Vorfeld der Direktwahlen für das Europäische Parlament geht es um die Fragen, die Ausländer im Zusammenhang mit der europäischen Entwicklung interessieren. Darüber hinaus werden die Fragesteller, die aus dem Kreis der holländischen Volksuniversitäten stammen, den Oppositionsführer auch zu den niederländisch-deutschen Beziehungen und zur Politik der CDU befragen.

Feuerschutzsteuergesetz erneut vertagt

Zum Beratungsstand der Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes erklärte der Abgeordnete Peter von der Heydt (CDU/CSU): Entgegen anderslautenden öffentlichen Beteuerungen verschleppen SPD und FDP die abschließenden

Beratungen des Feuerschutzgesetzes im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages. In der Ausschußsitzung vom 7. Februar 1979 wurden plötzlich fadenscheinige verfassungsrechtliche Bedenken vorgeschoben, um davon abzulenken, daß die FDP sich nach wie vor querlegt. Die SPD bricht aus Koalitionsraison ihr den Feuerwehren gegebenes Wort.

Das Gesetz kann nunmehr wahrscheinlich frühestens zum 1. Januar 1980 in Kraft treten. Die Feuerwehren bleiben mindestens 1979 auf der Strecke. Die CDU/CSU steht nach wie vor zu ihrem Wort: Sie tritt für die rasche Verabschiedung des Gesetzes ein, um den berechtigten Anliegen der Freiwilligen Feuerwehren auf Verbesserung ihrer Ausstattung Rechnung zu tragen.

Klares Votum für Bernd Neumann

Von 103 Wahlmännern stimmten in geheimer Wahl 102 für Bernd Neumann als Spitzenkandidat für die kommende Bremer Bürgerschaftswahl. Einer enthielt sich der Stimme. Landesvorsitzender Uwe Hollweg erhielt die zweithöchste Stimmenzahl und rangiert auf dem zweiten Platz.

Helmut Holle scheidet aus

Der Bundesgeschäftsführer der CDU, Helmut Holle, wird in gegenseitigem Einvernehmen ab 1. Mai 1979 seine Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer beenden und wieder in die Wirtschaft zurückkehren.

Ab 1. März 1979 wird Ulf Fink, zur Zeit Leiter der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus, mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesgeschäftsführers betraut.

■ JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Lambsdorff versucht Gegensätze in der Koalition zu verdecken

**Die CDU/CSU schätzt die Energie-
risiken auf mittlere Sicht erheb-
lich gefährlicher ein als die Bundes-
regierung. In einer Aussprache
zum Jahreswirtschaftsbericht machte
Kurt H. Biedenkopf deutlich, daß
die Energieversorgung mit Rohöl im
Augenblick nicht als gesichert
angesehen werden könne.**

Die ordnungspolitischen Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers Lambsdorff haben sich für die Union stellenweise wie ein Kündigungsschreiben an die Koalition angehört. Denn für die ordnungspolitischen Feststellungen und für die ordnungspolitischen Zielsetzungen, die er dem Bundestag in Ergänzung des Jahreswirtschaftsberichts vorgetragen hat, gibt es in der Koalition keine Mehrheit, stellte Biedenkopf in der Debatte fest.

Dies läßt sich vor allen Dingen aus einer ganzen Reihe von Begleiterscheinungen der Politik der letzten Jahre, wie auch den Feststellungen des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsministers entnehmen. Minister Lambsdorff hat für sich in Anspruch genommen, keinen ordnungspolitischen Rauch zu verbreiten. Das hat er zwar für seine Person auch sicher nicht getan, aber er hat eine Art Rauchschleier entwickelt, der die unüberbrückbaren politischen Gegensätze in der Koalition selbst verdeckt.

Zunächst hat der Minister auf eine Rei-

he dieser Gegensätze ausdrücklich Bezug genommen. Er hat den auf der Europaliste kandidierenden Sozialdemokraten Loderer wegen seiner Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in ungewöhnlicher Weise angenommen. Er hat völlig eindeutig festgestellt, daß er mit den von dem SPD-Abgeordneten Roth in der Haushaltsdebatte entwickelten Vorstellungen über den gespaltenen Markt und der unterschiedlichen ordnungspolitischen Behandlung der Märkte kleinerer und mittlerer Unternehmen und der Märkte von Großunternehmen auf keinen Fall einverstanden ist. Dies ist aber die Auffassung des linken Flügels in der SPD.

Der Wirtschaftsminister hat auf den letzten Bericht seines Wissenschaftlichen Beirats Bezug genommen. Dieser Bericht hat sich ja nicht nur mit der zukünftigen Politik, sondern auch mit einer Fülle von Feststellungen über den gegenwärtigen Zustand beschäftigt. Manche Probleme, wie Strukturveränderungen, Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten der Anpassung usw., haben sich nämlich nur deshalb zugespitzt, weil konsequent marktwirtschaftliche Lösungen verhindert und dadurch Fehlanpassungen und Verzögerungen hervorgerufen wurden.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministers beschäftigte sich hier nicht mit der Union. Er beschäftigte sich auch nicht mit irgendwelchen marxistischen Randgruppen,

sondern er beschäftigte sich mit den Folgen der Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren. Der Wissenschaftliche Beirat stellte fest, daß sich die gegenüber der Marktwirtschaft teils skeptischen, teils feindlichen Einstellungen nicht nur unmittelbar auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte auswirken, sondern auch den Tendenzen der Wirtschaftspolitik Vorschub leisten, die Lösungen der vorstehend genannten Probleme in eiligen Ad-hoc-Maßnahmen suchen, ohne die ordnungspolitischen Folgen zu beachten.

Auch das ist eine völlig zutreffende Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen tatsächlichen Politik, im nachhaltigen Unterschied zu den ordnungspolitischen Zielvorstellungen, die uns der Wirtschaftsminister vorgetragen hat.

Dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats, der sich mit der Notwendigkeit einer Ausdehnung und Ausweitung der marktwirtschaftlichen Ordnung beschäftigt, ist nichts hinzuzufügen. Was ich nicht gut finde, ist, daß der Minister keine Mehrheit hat. Er hat eine Mehrheit der Einsichtigen, aber er hat keine politische Mehrheit in der Koalition.

Jedenfalls haben wir festgestellt, daß es in der SPD keinen Konsens über die Frage gibt, ob die Zukunftsprobleme unserer Gesellschaft noch mit marktwirtschaftlichen Mitteln gelöst werden können oder nicht. Sowohl der „Orientierungsrahmen '85“ der Sozialdemokratischen Partei wie andere theoretische Diskussionsbeiträge aus wichtigen Teilen des SPD bis in die jüngste Zeit — ich erinnere an die Äußerungen des Hamburger Bürgermeisters und anderer — gehen davon aus, daß die wesentlichen Zukunftsprobleme unseres Landes nicht mehr mit marktwirtschaftlichen Mitteln gelöst werden könnten, sondern mit anderen Methoden.

■ ENERGIE

Nichts als leere Worte

Im Zusammenhang mit dem Ausfall der Öllieferungen aus dem Iran scheinen Bundesforschungsminister Hauff und Bundesarbeitsminister Ehrenberg plötzlich die Notwendigkeit der Kernenergie entdeckt zu haben. Beide betonten die Bedeutung ihres Ausbaus zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung.

„Leere Worte“ nennt MdB Karl-Heinz Narjes diese Erklärungen und stellt fest, daß die zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung heute bereits Makulatur ist. Er begründete das folgendermaßen:

- die Zeithorizonte des Programms sind zu kurz gefaßt;
- die Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Öl, Gas und Uran sind unzulänglich konzipiert;
- zur Kernenergie bietet das Programm nichts als pflichtwidrige Be schwichtigung und Leisetreterei um beinahe jeden Preis, damit die Koalitionsparteien den Wahltag 1980 ohne interne Zwistigkeiten erreichen;
- der Kraftwerksbau sowohl für konventionelle wie für Kernenergiekraftwerke ist notleidend;
- der Maihofer-Bazillus der schlep pendenden, unkalkulierbaren Genehmigungs- und Standortverfahren wird auch von Minister Baum gepflegt;
- die Zukunft der Kohle bleibt unge wiß.

Die Bundesregierung muß ihr Energieprogramm unverzüglich einer Generalrevision unterziehen.

■ VERJÄHRUNG

Rechtsstaatliche Gründe sprechen gegen eine Aufhebung

Die Diskussion um die Aufhebung der Verjährung für Mord ist wieder aufgelebt, weil behauptet wird, NS-Morde verjährten Ende 1979. Eine strafrechtliche Verfolgung sei nach diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in letzter Zeit schon mehrfach mit der Problematik befaßt, zuletzt am 6. Februar 1979. Der Vorsitzende des Arbeitskreises I für Innen- und Rechtspolitik, Benno Erhard, MdB, faßt die Diskussion wie folgt zusammen:

Anlaß für die Diskussion ist nicht die grundsätzliche Frage, ob ein Mörder unbefristet oder nur innerhalb von 30 Jahren wegen seiner Tat verfolgt werden kann. Anlaß für die jetzt geführte Diskussion — und dies sollte bei etwas mehr Ehrlichkeit gesagt werden — ist die Tatsache, daß NS-Mörder, sofern sie bis zum 31. Dezember 1979 überhaupt noch nicht bekannt sind, ab 1980, also ca. 35 Jahre nach Kriegsende, strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden. Es geht also jetzt einzig und allein um die Frage der Verjährung von NS-Mordtaten.

Rechtspolitische und rechtsstaatliche Gründe sprechen gegen eine Aufhebung der Verjährung für Mord.

① Die Frage nach einer Aufhebung der Verjährbarkeit für Mord war bereits 1965 und 1969 Gegenstand parlamentarischer Debatten im Deutschen Bundes-

tag. Den Debatten lag der gleiche Anlaß zugrunde, wie der jetzigen Diskussion. In beiden Fällen hat der Deutsche Bundestag fast einmütig die Anträge auf Aufhebung der Verjährung abgelehnt; und zwar ausschließlich aus Gründen des Rechtsfriedens, der Rechtssicherheit und der Gerechtigkeit, nicht aus mangelnder Verurteilung der NS-Mordtaten.

Nach wiederholten Gesetzesänderungen immer in bezug auf NS-Mordtaten dürfen daher die Manipulationen in diesem strafrechtlichen Bereich nicht weiter fortgesetzt werden.

② Die Wahrheitsfindung wird immer schwieriger, und dem Risiko des Fehlurteils sollte man sich nicht aussetzen. Zum anderen aber ist die Verjährung keine Institution, die etwas mit der Bewältigung der Vergangenheit zu tun hat, sondern man hält sie für notwendig, weil der Rechtsfriede nach dem Ablauf einer bestimmten Zeit einkehren muß.

Außerdem ist nach so langer Zeit die Resozialisierung des Täters — wenn er nicht neue Verbrechen begangen hat — mit Sicherheit abgeschlossen.

③ Die Gleichheit vor dem Gesetz ist unheilbar zerstört. Denn von den alliierten Gerichten wurden nach Beendigung des Krieges insgesamt 5 025 Angeklagte wegen nationalsozialistischer Verbrechen verurteilt, davon 806 zum Tode. Von diesen Todesurteilen wurden lediglich 486 vollstreckt. Angeklagt waren

hier die hauptverantwortlichen Täter der Greuelaten, wie z. B. die NS-Generalität, die Einsatz- und Kommandoleiter, höchste Richter und Staatsanwälte und Ärzte. Die nicht vollstreckten Todesstrafen wurden in Freiheitsstrafen umgewandelt. Sämtliche Verurteilte wurden bis 1955 begnadigt. Aufgrund einer alliierten Bestimmung dürfen sie wegen ihrer Taten nie wieder vor ein deutsches Gericht gestellt werden. Es ist unerträglich, wenn in Mordprozessen die eigentlichen Befehlgeber als Zeugen auftreten.

④ Wenn von ausländischen Stellen mögliches Beweismaterial bewußt zurückgehalten sein sollte, so kann dies weder der Bundesrepublik Deutschland angelastet werden noch eine Aufhebung der Verjährungsfrist rechtfertigen. Im übrigen haben Bundesregierung und Bundestag bereits am 20. November 1964 bzw. am 9. Dezember 1964 an alle betroffenen Staaten und Institutionen einen förmlichen Aufruf gerichtet, bisher noch nicht bekanntes Beweismaterial über NS-Verbrechen zur Verfügung zu stellen.

Da gegen Gerichte, Staatsanwaltschaften und andere Behörden in der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit vor allem aus dem Ausland der Vorwurf erhoben wird, sie hätten in der Vergangenheit die strafrechtliche Ver-

folgung von NS-Verbrechen nur schleppend und halbherzig betrieben oder gar bewußt unterlaufen, hat die CDU/CSU-Fraktion eine Kleine Anfrage eingebracht. Hier nach wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert, diesem unhaltbaren und unerträglichen Vorwurf wirksam entgegenzutreten.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises I der CDU/CSU-Fraktion, MdB Benno Erhard, hat daher seiner Fraktion in der Sitzung am 5. Dezember 1978 empfohlen, es bei der bisherigen Verjährungsfrist für Mord zu belassen. Dieser Auffassung hat sich der größte Teil der CDU/CSU-Abgeordneten angeschlossen.

Ein kleiner Teil der Fraktionskollegen hat indessen, unter Inanspruchnahme des Rechts auf freie Gewissensentscheidung, in der Fraktionssitzung am 6. Februar 1979 einen sogenannten Gruppenantrag vorgelegt, nachdem der Bundestag beschließen soll, die Bundesregierung zu beauftragen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Strafverfolgungsverjährung für Mord aufheben soll. Sie möchten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, daß sie einer generellen Verjährung für Mord nicht zustimmen können und in dieser Auffassung nicht abhängig sind von einem Gesetzesvorschlag unter Führung von Herbert Wehner.

Verteidigungspolitische Informationsschrift

Der Bundesfachausschuß der CDU und der Wehrpolitische Arbeitskreis der CSU geben die Zeitschrift „VZ“ heraus, in der die sicherheitspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU veröffentlicht werden. Die „VZ“ bringt monatlich eine Vielzahl von aktuellen Informationen, Hintergrundberichten sowie Nachrichten aus dem politisch-parlamentarischen Bereich. Die „VZ“ kann über folgende Adresse bestellt werden: VZ-Verlag GmbH, Postfach 86 07 47, 8000 München 86, Telefon (0 89) 98 77 36. Der Jahresabonnementspreis beträgt 21,— DM inklusive Porto und Mehrwertsteuer.

■ KOALITION

Die Ideologiekrise der SPD

Schwerwiegende Differenzen über die Führungsstruktur, Austritte geschlossener Gruppen aus der Partei sowie wachsende Einflußnahme der Linken auf die Bundesregierung kennzeichnen die Krise der SPD und der Koalitionsregierung.

1 Die Frage der Spitzengliederung in der Partei ist durch die Ankündigung des Bremischen Regierungschefs Hans Koschnick, nicht wieder für das Amt des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden zu kandidieren, sichtbar geworden. Mögliche Koschnick-Nachfolger, wie der hessische Ministerpräsident Holger Börner, haben ihren Unwillen geäußert: Als Regierungschef seien sie genauso mit Arbeit belastet wie Koschnick. Auch ihnen könne daher der Vorwurf der Ämterhäufung gemacht werden. Andererseits gibt es Tendenzen innerhalb der SPD, nach denen zumindest einer der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden kein Regierungsamt haben sollte. In Bonn wird zwar dementiert, aber gleichwohl geglaubt, daß es zwischen Bundesgeschäftsführer Bahr und SPD-Vize Koschnick auch persönliche Streitigkeiten gegeben haben soll, weil Koschnick sich mit organisatorischen Aufgaben belastet fühle, die eigentlich Bahrs Sache seien. „In den Fugen der Baracke knirscht es“, überschreibt der Kölner Stadtanzeiger seinen Bericht (10. Februar 1979).

2 Fast 100 Genossen haben jüngst die Aachener SPD verlassen. 26 sind jetzt

in Niederkassel bei Bonn aus der Partei ausgetreten. Es knirscht also auch in der Basis, insbesondere in mittelständischen Kreisen. Während Bundeskanzler Schmidt und die SPD-Spitze sich bürgerlich und bürgernah geben, driften die Bezirks- und Kreisverbände der SPD weiter kräftig nach links. Schon vor Jahresfrist hatte die SPD-Führung selbst in einer Untersuchung festgestellt, daß sich mehr als die Hälfte der Mandats- und Funktionsträger als linke Sozialdemokraten bzw. Sozialisten bezeichnen, während die Wählerschaft der SPD sich zu 76 Prozent zu einer bürgerlichen Mitte bekennt oder zumindest glaubt, diese in der Person von Schmidt zu wählen.

Die Männer, die von der Fahne der SPD gegangen sind, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS), Dr. Herbert Hardinguhaus, und Otto Krummschmidt, Landesinnungsmeister des holzverarbeitenden Handwerks in Hessen und Vizepräsident des deutschen Tischlerhandwerks, haben ein Zeichen dafür gesetzt, wie miserabel es um den inneren Zustand der Sozialdemokraten bestellt sein muß, schreibt hierzu das „Handelsblatt“ (12. Februar 1979). Wer sich durch berufliche Ausbildung vom Lehrling zum Gesellen, vom Gesellen zum Meister qualifiziert hat, wer dann den Mut aufgebracht und das Risiko auf sich genommen hat, als Selbständiger zu arbeiten, ist für einen solchen in der SPD kein Platz?

③ Unzweifelhaft besteht eine ernsthafte Skepsis der Partei gegenüber der Regierungspraxis. Auf der jüngsten Sitzung des SPD-Präsidiums gab es innerhalb der sozialdemokratischen Führungsspitze erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Parteiorganisation und des Verhältnisses zwischen Parteiprogrammatik und praktischer Regierungspolitik. Ein Bericht über die innere Lage der Partei, den der Vorsitzende der SPD Ostwestfalen, Heinrich Junker, und der Bremer Finanzsenator Scherf — zwei Linke — vorgelegt haben, wurde im Präsidium nicht erörtert, und die Sitzung des Parteirates, des höchsten Beschußgremiums der SPD zwischen den Parteitagen, wurde abgesagt, die Veröffentlichung des Berichts untersagt.

Das Papier, das der ostwestfälische SPD-Chef Junker gemeinsam mit dem bremischen Finanzsenator Scherf erarbeitete, spricht davon, daß einerseits der „verbissene Anti-Reformismus akademischer Marxisten Tausende von Studenten und jungen Lohnabhängigen vom Engagement in den realen partei- und gewerkschaftspolitischen Arbeitsfeldern“ abschrecke. Auf der anderen Seite führe eine mangelhafte Reformpolitik der SPD und FDP zur „Reformruine und zur Gegenreform“. Dahinter steht die besorgte Erkenntnis führender Sozialdemokraten, wonach die praktische Politik von Bundeskanzler Schmidt eine immer größere Kluft zur von der Partei beschlossenen Programmatik aufreiße.

Hier einige Auszüge aus dem im „Spiegel“ teilweise veröffentlichten Papier der Junker/Scherf-Kommission:

„Theoretische Arbeit erfolgte immer nur sporadisch... und in der Regel an der Masse der Partei vorbei.“

„Es ist ein Demotivierungsprozeß bei der Mitgliedschaft zu beobachten, der bis zur Resignation führt.“

„Ein von den Benachteiligten wenigstens wahrnehmbarer Abbau von Privilegien ist schon deshalb nötig, weil allein dann erträglich ist, was an Korrektur im Konsumverhalten unvermeidlich ist.“

„Die Anziehungskraft ist verlorengegangen. Sich in der SPD zu aktivieren, gilt für viele geradezu als ein Akt der Anpassung oder auch der Resignation. Andererseits gibt es eine beachtlich große Bereitschaft, sich bei alternativen Gruppen zu engagieren.“

Krach in Wiesbaden wegen Regelanfrage

Ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerungen sind im SPD/FDP-regierten Bundesland Hessen Bewerber für den öffentlichen Dienst noch immer der Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterworfen. Dies teilte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Otto Wilke, in Wiesbaden im Anschluß an eine Klausurtagung seiner Parlamentsgruppe mit. Beim Koalitionspartner SPD löste die Darstellung der FDP Verärgerung und Widerspruch aus. Kultusstaatssekretär Burkhard Vilmar sagte, von der Regelanfrage seien nicht die Bewerber für den Referendardienst, sondern nur die Aspiranten für eine Lehrerstelle betroffen. Selbstverständlich stehe auch dieses Verfahren aufgrund der Regierungserklärung von Ministerpräsident Holger Börner „zur Disposition“, sagte der Staatssekretär.

■ REGIERUNGSPROPAGANDA

Das Karlsruher Urteil wird einfach nicht beachtet

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1979 hat gezeigt, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, einschneidende Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vom 2. März 1977 zu ziehen, stellte MdB Jürgen Wohlrabe, Sprecher für Fragen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, fest.

Das Verfassungsgericht hatte der Bundesregierung vorgeworfen, im Bundestagswahlkampf 1976 „die Chancengleichheit der Parteien und das Neutralitätsgebot“ verletzt zu haben, indem sie durch Anzeigenserien, Falblätter und sonstige Publikationen „werbend und parteiergreifend“ in den Wahlkampf eingegriffen habe. In Anbetracht dieses Urteils forderte der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Bundesregierung am 26. Mai 1977 einstimmig auf, ab 1978

- eine gemeinsame Bewirtschaftung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit vorzunehmen,
- die Öffentlichkeitsarbeit beim Bundespresseamt zu koordinieren,
- die Vertriebswege zu vereinheitlichen und
- dementsprechend die Personalausstattung im Öffentlichkeitsbereich zu überprüfen.

Nichts von alledem ist der Fall: Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit „Inland“ wurden mit den Stimmen der Regierungskoalition um zwei Millionen Mark auf 15,9 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies ist eine Steigerung von immerhin 14 Prozent. Hier wird offenbar eine vorgezogene Wahlkampfkasse für 1980 angelegt. Der Antrag der CDU/CSU, diese Mittel in Konsequenz des Karlsruher Urteils um 5,9 Millionen Mark zu kürzen, wurde abgelehnt.

Auch die von der Bundesregierung vorgelegte „Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung“ genügt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sowie den Beschlüssen des Haushaltsausschusses vom 26. Mai 1977 in keinem Punkt.

Die Bundesregierung hat im Bereich ihrer Öffentlichkeitsarbeit weder die gemeinsame Bewirtschaftung noch die Vereinheitlichung der Vertriebswege noch die Überprüfung der Personalausstattung vorgenommen. Die in der Konzeption dargelegte Koordination im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist ungenügend. Dies sind keine notwendigen Schlußfolgerungen aus dem Karlsruher Urteil, dies sind kosmetische Operationen.

Zu begrüßen ist, daß die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland erhöht, aufgeschlüsselt und transparent gemacht wurden. Damit wurde eine langjährige Forderung der CDU/CSU erfüllt.

Zahlen, die für sich selbst sprechen

In den Ausschußberatungen des Bundestages haben SPD und FDP die Anforderungen der Bundesregierung für die Öffentlichkeitsarbeit von 32,873 Millionen DM noch um weitere 512 000 DM auf 33,385 Millionen DM „aufgestockt“. Die CDU/CSU hatte Kürzungen von insgesamt 12,435 Millionen DM beantragt; sie wurden allesamt abgelehnt. Nachfolgend eine Übersicht:

— in tausend DM —

Einzelplan	Titel	Zweckbestimmung	Regierungs-entwurf 1979	Abschluß beratung (SPD/FDP- Beschlüsse)	Abgelehrte CDU/CSU- Kürzungsvorschläge
0403 — Bundes- presseamt	53123	Öffentlichkeitsarbeit „Inland“	14 905	15 905	5 905
0501 — Aus- wärtiges Amt	53101	Öffentlichkeitsarbeit	1 710	1 710	1 710
0701 — BM der Justiz	53101	Öffentlichkeitsarbeit	900	900	175
0802 — BM der Finanzen	53101	Öffentlichkeitsarbeit	990	990	250
0902 — BM Wirtschaft	53101	Öffentlichkeitsarbeit	675	675	175
1002 — BM Landwirtschaft	53122	Öffentlichkeitsarbeit	1 330	1 330	330
1102 — BM Arbeit	53101	Öffentlichkeitsarbeit	4 140	4 140	1 140
1201 — BM Verkehr	53101	Öffentlichkeitsarbeit	1 250	1 000	500
1501 — BM Jugend, Familie, Gesundheit	53101	Öffentlichkeitsarbeit	315	315	—
1502 — BM JFG	53121	Öffentlichkeitsarbeit	200	200	400
1502 — BM JFG	53131	Öffentlichkeitsarbeit	1 200	1 200	—
1502 — BM JFG	53141	Öffentlichkeitsarbeit	670	670	—
2302 — BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	53101	Öffentlichkeitsarbeit	3 100	2 900	1 300
2702 — BM für innerdeutsche Beziehungen	53101	Öffentlichkeitsarbeit	120	120	120
3001 — BM für Forschung	53101	Öffentlichkeitsarbeit	738	700	200
3101 — BM für Bildung und Wissenschaft	53101	Öffentlichkeitsarbeit	630	630	630
			32 873	33 385	12 435

■ BEHINDERTE

Frau Huber hat wieder versagt

Für viele Gruppen von Behinderten ist in der Vergangenheit Wesentliches geleistet worden. Um so deutlicher fällt auf, daß andere Gruppen immer noch im Schatten der Bemühungen stehen. Auf diese Gruppen müssen sich künftig die Rehabilitationsanstrengungen der Bundesregierung schwerpunkt-mäßig konzentrieren, erklärte MdB Albrecht Häsinger im Bundes>tag.

Wir machen dazu konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge gehören zu den so oft geforderten Alternativen der Union — sicherlich hier nur für ein kleines Teilgebiet der Politik, aber für ein menschlich besonders wichtiges: die Eingliederung der psychisch Behinderten.

Denn die psychisch Behinderten sind die Gruppe, die heute am schlechtesten versorgt ist. Die vorhandenen Eingliederungsmöglichkeiten sind völlig unzureichend. Dies hat u. a. die Psychiatrie-Enquete gezeigt. Es gehört zu den Versäumnissen der Bundesregierung, daß sie bisher noch nicht zu der Enquete Stellung genommen hat.

Die Bundesregierung versteckt sich hier, wie auf anderen politischen Feldern, wo sie in die Pflicht genommen ist, hinter den Ländern. Wer nicht bereit ist, im Rahmen der grundgesetzlichen Zuständigkeiten selbst Verantwortung zu tragen, dem muß die Regierungsfähigkeit auf dem betreffenden Gebiet abgesprochen werden.

Die erst kürzlich endlich verabschiedete Stellungnahme enthält wenig Weiterführendes. Die Bundesregierung hat auf diesem Gebiet eklatant versagt, und dieses Versagen ist auch ganz persönlich der federführenden Bundesministerin Huber anzurechnen.

Der tragende Grundsatz, Rehabilitation geht vor Rente, ist unter der Verantwortung dieser Bundesregierung in der Praxis aufgehoben worden. Der Prozentsatz derjenigen Antragsteller, die statt einer Rehabilitationsmaßnahme eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente bewilligt bekommen, steigt. Natürlich ist dies eine Konsequenz der Arbeitsmarktsituation. Aber wir dürfen diese Konsequenz nicht hinnehmen. Es geht der Bundesregierung darum, die Arbeitslosenstatistik, durch Einschleusung in die Rente geräuschlos zu senken. Auch die Kostendämpfung hat sich nachteilig auf die Rehabilitation ausgewirkt. Hier wird am falschen Ort gespart, stellte MdB Albert Burger fest. Die Zahl der Kinderheilverfahren ging drastisch zurück. Die Einsparungen bei den Rentengesetzen betreffen vor allem nichterwerbstätige Hausfrauen und Mütter. Hier klaffen Lücken im System der Rehabilitation.

Die CDU/CSU hat mit ihrer Großen Anfrage der Debatte im Bundestag und der Vorlage eines Entschließungsantrags einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Eingliederung der Behinderten geleistet. Sie wird bei allen sinnvollen Initiativen mitwirken.

■ PARTEITAG LV OLDENBURG

Der Landesverband bleibt bestehen

Die von einigen „Parteireformern“, insbesondere aus dem südlichen Niedersachsen wieder einmal ins Gespräch gebrachte Diskussion über eine mögliche Parteireform der CDU in Niedersachsen wurde von mehreren Rednern, Delegierten — aber auch von Ministerpräsidenten Albrecht, der dem Landesparteitag in Delmenhorst als Gast beiwohnte, angesprochen. Albrechts Zusicherung am Schluß der Diskussion an die Delegierten und Gäste: „Dieser CDU-Landesverband Oldenburg bleibt bestehen“, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Man kam jedoch überein, gemeinsam darüber nachzudenken, ob oder wie man die Parteiorganisation stärken und der Partei nach außen und innen noch mehr Gewicht geben kann. In einem Rückblick auf die letzte Landtagswahl sollten in gemeinsamen Bemühungen Schwachstellen aufgedeckt und beseitigt werden.

Der Europa-Wahlbeauftragte, MdB Manfred Carstens, kündigte zusätzlich zu den Wahlkampf vorbereitungen der Bundespartei eine Reihe von eigenen Maßnahmen des Landesverbandes für den Wahlkampf an. In allen Kreisverbänden werden in den nächsten Wochen Regionalkonferenzen unter der Leitung von Carstens, des Europa-Kandidaten, MdB F.-J. Nordlohne, und der Landesgeschäftsstelle mit allen wichtigen Funk-

tions- und Mandatsträgern durchgeführt.

Der Landesparteitag befaßte sich weiterhin mit der Zukunft der Universitäten in Vechta (Osnabrück) und Oldenburg. Aus den zahlreichen Beiträgen und Anträgen ging hervor, daß man sich große Sorge um die weitere Zukunft der Universität Oldenburg macht.

Enttäuschung wurde auf diesem Landesparteitag mehr als deutlich über das, was sich in Wahrheit entwickelt hat. Von den Delegierten bekam die Universität nicht einmal das Prädikat „zufrieden“. Es wurde aber deutlich, daß es im Lehrkörper zunehmend Kräfte gibt, die sich um das Image der Universität sorgen. Ministerpräsident Albrecht gab die Zusicherung ab, daß Oldenburg zu einer Volluniversität — genau wie in Osnabrück — ausgebaut werden soll.

Landesvorsitzender Gerhard Glup: „Es besteht aber kein Zweifel, daß die personellen Konsequenzen auch Bestandteil dieser Konzeption sein werden. Wer glaubt, daß es der Leitung dieser Universität gestattet sein wird, sich in bestimmten Teilen des Verantwortungsreiches als außerhalb der Ordnungsprinzipien unserer Gesellschaft stehend betrachten und verstehen zu dürfen, der fördert nicht die Liebe und Verbundenheit zur Universität Oldenburg.“ Gerhard Glup wurde übrigens mit nur sieben Enthaltungen und 13 Nein-Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt.

■ BUNDESVERSAMMLUNG

Landtagswahlen haben keinen Einfluß mehr

Nachfolgend die Zusammensetzung der Bundesversammlung für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1979. Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Berlin und Schleswig-Holstein haben keinen Einfluß mehr auf die Verteilung der Mandate aus diesen Ländern. Sämtliche Mitglieder der Länderparlamente müssen unverzüglich gewählt werden, sobald die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung von der Bundesregierung im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht worden ist. Diese Bekanntmachung vom 23. Januar 1979 ist im Bundesgesetzblatt Nr. 5/1979 (1. Februar 1979) veröffentlicht worden.

Mitglieder der Bundesversammlung

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	Summe
I Mitglieder des Bundestages	253	224	40	1	518
II Mitglieder aus Länderparlamenten	278	215	25	—	518
III Gesamtzahl	531	439	65	1	1 036
Mitglieder der Länderparlamente nach Ländern und Parteien					
Schleswig-Holstein	12	10	1		23
Hamburg	6	8	—		14
Niedersachsen	34	29	—		63
Bremen*)	2	4	—		6
Berlin	8	7	1		16
Rheinland-Pfalz	17	13	1		31
Saarland	5	4	—		9
Nordrhein-Westfalen	68	65	10		143
Bayern	59	29	4		92
Hessen	22	21	3		46
Baden-Württemberg	45	25	5		75
	278	215	25		518

*) Gegebenenfalls kann durch Losziehung entschieden werden, ob die FDP durch ein Mitglied und die SPD durch drei Mitglieder vertreten ist.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

ZITAT

Beschämend

Der Streit um das Amt des Bundespräsidenten ist beschämend. Obendrein gibt er Anlaß zur Sorge. Noch nie in der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist das Amt so sehr in einen kleinkarierten, miesen Parteistreit gezogen worden wie diesmal. Leider ist es der Bundeskanzler, der ein denkbar schlechtes Beispiel gibt.

Die Gereiztheit der Bonner Koalition, speziell des sozialdemokratischen Bundeskanzlers mag verständlich sein. Denn wenn Ende Mai der CDU-Politiker Karl Carstens als Nachfolger Scheels zum Bundespräsidenten gewählt würde, wäre augenfällig, daß die Union im Bund die stärkste politische Kraft ist. Im Wahlgremium, in der Bundesversammlung, verfügen CDU und CSU nämlich über die absolute Mehrheit. Wenn diese Tatsache — noch nie war bis jetzt eine Partei in der Bundesversammlung so stark — ins Bewußtsein der Bürger gerufen wird, so fürchten einige Taktiker

der Koalition, könnte sie für das Wahlverhalten Folgen haben. Um diese Möglichkeit auszuschließen, möchten SPD und FDP den Eindruck erwecken, als ob es unmoralisch wäre, wenn eine Partei von ihrer Mehrheit den im Grundgesetz vorgesehenen Gebrauch macht. Doch Schmidt geht weiter. Er greift den Unionskandidaten Carstens persönlich an, nennt ihn einen Politiker „vom äußersten rechten Rand, ohne Integrationskraft“. Das sagt Schmidt, obwohl er natürlich weiß, daß Carstens, der von dem Bremer Sozialdemokraten Kaiser in die Politik gerufen worden ist, kein „Rechter“ in dem hier unterstellten Sinn ist, daß die SPD nicht eine Klage gegen die Amtsführung des Bundespräsidenten vorzubringen hat.

Rheinische Post, 13. 2. 1979

Daß im Bundestag „geholzt“ wird, ist nicht neu. Helmut Schmidt blieb es vorbehalten, diesen Stil auch in die Auseinandersetzung um das Bundespräsidentenamt einzuführen. Wie wollen Carstens und Schmidt künftig zusammenarbeiten, wenn schon jetzt eine derart krasse Frontstellung aufgebaut wird?

Neue Osnabrücker Zeitung, 13. 2. 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD